

Zivilklausel - Nein Danke! Warum ich gegen „Zivilklauseln“ an deutschen Universitäten bin

Prof. Dr. Joachim Krause

In den vergangenen Tagen ist in den Medien viel über die Diskussion an der Universität Kiel über die Einführung einer Zivilklausel berichtet worden. SPIEGEL-Online stellte dabei das Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel in den Vordergrund. Ich nutze diese Gelegenheit um meine Stellungnahme zu dieser Idee zu verbreiten.

Ich stehe Zivilklauseln ablehnend gegenüber, weil es sich um eine politische *Mogelpackung* handelt. Derartige Klauseln klingen auf den ersten Blick harmlos und für Viele einleuchtend, weil es angeblich um den Frieden geht. Interessanterweise spricht aber keiner von „Friedensklauseln“. Tatsächlich geht es den Betreibern der „Zivilklausel“ darum, wissenschaftliche Kontakte mit der Bundeswehr oder der wehrtechnischen Industrie zu diskreditieren und zu unterbinden. Das ist etwas völlig anderes als ein Bekenntnis zum Frieden und diese kleine sprachliche Differenz macht politisch einen enormen Unterschied. Es geht um politisch motivierte Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre. Das ist für eine freie Universität in einer demokratischen Gesellschaft völlig inakzeptabel.

Erfahrungen mit der Einführung von Zivilklausel an deutschen Universitäten lassen erkennen, dass derartige Klauseln von linken und vor allem linksextremen Gruppen unterschiedlicher Provenienz als Einfallstor genutzt werden, um den Betrieb an der Universität entweder in ihrem Sinne zu steuern oder diesen zu stören. Wie man am Beispiel der Uni Tübingen sehen kann, geht dies teilweise mit massiven Verletzungen der Freiheit von Forschung und Lehre einher (Gesinnungsschnüffelei, gewaltsame Störung von Seminaren, Mobbing von Dozentinnen und Dozenten etc.). Derzeit läuft eine regelrechte Kampagne, um an mehreren Universitäten (darunter auch Kiel) Zivilklauseln einzuführen. Diese Kampagne wird bundesweit von Gruppen und Personen koordiniert, die aus dem linken (oft linksextremen), antimilitaristischen Spektrum stammen (wie das „imi“ in Tübingen oder Dr. Dietrich Schulze aus Karlsruhe, der ansonsten auch noch für den *VVN-Bund der Antifaschisten* auftritt, einer Organisation, die der Verfassungsschutz in Baden-Württemberg wohl nicht zu Unrecht als „linksextremistisch beeinflusst“ qualifiziert). Die jeweiligen Kampagnen starten meistens damit, dass Studierende angesprochen und dazu bewegt werden sollen, an ihrer Universität sich für eine Zivilklausel einzusetzen. „Die Studenten“, so das Bild, was dann konstruiert wird, „wehren sich“ angeblich in großer Masse gegen „Kriegsforschung“, was immer das sein soll. Ist die Klausel dann mal beschlossen, wird in massiver Weise versucht auf den Lehr- und Forschungsbetrieb einzuwirken.

Die politische Stoßrichtung der Zivilklausel besteht darin, die Universität zu nutzen, um eine Verfassungsinstitution wie die Bundeswehr zu diskreditieren und gesellschaftlich zu isolieren. Dahinter steht zumeist die Absicht, Stimmung gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von internationalen Friedensmissionen und Missionen der Friedenskonsolidierung zu machen. Die Bundeswehr wird in diesem Zusammenhang der „Kriegstreiberei“ bezichtigt, die deutsche Außenpolitik als „militaristisch“ bezeichnet (was in absurder Weise Traditionslinien

zur Nazi-Zeit oder dem Kaiserreich andeuten soll). All diese Missionen (ob in Bosnien Herzegowina, im Kosovo oder in Afghanistan) basieren aber auf Mandaten der Vereinten Nationen und auf Beschlüssen des Bundestags, die dieser mit großen Mehrheiten (meistens nur bei Gegenstimmen der Linken) gefasst hat. Sie sind auch durch die einschlägige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes gedeckt, denn sie gehen auf Artikel 24, Absatz 2 des Grundgesetzes zurück, wo es heißt, dass sich der Bund zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen kann. Die oft zitierte Friedensorientierung des Grundgesetzes ist keinesfalls – auch das haben Verfassungsgericht und Bundestag wiederholt festgestellt – ein Plädoyer für radikalen Pazifismus und Entmilitarisierung, sondern für aktive Mitwirkung Deutschlands an internationalen Bemühungen der Friedenswahrung und –sicherung im Rahmen von Systemen kollektiver Sicherheit (wie dem der Vereinten Nationen). Die Bundeswehrreform der vergangenen Jahre entspricht diesem Ziel und hat dazu geführt, dass die deutschen Streitkräfte zu keinem Angriffskrieg in der Lage sind, sondern nur noch im Rahmen internationaler Missionen kollektiver Sicherheit aktiv werden können. Dazu bedarf man Offiziere und Soldaten, dazu bedarf man aber auch einer Industrie, die Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die Bundeswehr und die mit ihr zusammen arbeitenden anderen Streitkräfte herstellt. Das passt Vielen nicht.

Die Zivilklausel ist, wie oben angemerkt, keine „Friedensklausel“. Sie bedeutet im Wesentlichen nur eines: keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder wehrtechnischen Industrie, weil diese nicht „zivil“ sind. Sie bedeutet auch „keine Toleranz“ gegenüber der Bundeswehr und allen, die mit ihr zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ist auch der absurde Vorwurf der „Kriegsforschung“ zu sehen. Sowohl die Universitäten wie die Bundeswehr sind der Friedensorientierung des Grundgesetzes unterworfen, welches sich neben dem oben erwähnten Artikel 24 (2) vor allem im Verbot der Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg manifestiert. Weder die Bundeswehr betreibt Vorbereitungen zu einem Angriffskrieg noch irgendeine Universität in Deutschland forscht darüber, wie man einen Angriffskrieg vorbereiten oder planen könnte. Wir betreiben am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel Konfliktforschung (das machen viele andere auch), wir geben ein Jahrbuch zum Terrorismus heraus und bemühen uns zu einer Vielzahl von aktuellen und allgemeinen sicherheitspolitischen Themen Analysen vorzulegen, die allesamt veröffentlicht werden. Wer das als „Kriegsforschung“ bezeichnet, sollte sich auf Paranoia untersuchen lassen.

Ich bin entschieden gegen die Zivilklausel, weil sie meine wissenschaftliche Arbeit hier in Kiel behindern würde. Ich selber arbeite mit der Bundeswehr in verschiedenen Bereichen zusammen und habe zwischen 2011 und 2013 ein umfangreiches Forschungsprojekt für das Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt, welches Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz für vergleichbare künftige Einsätze der Friedenskonsolidierung zieht. Das Ministerium hat zu keinem Zeitpunkt versucht, die Ergebnisse des Projektes zu beeinflussen – hätte sie das gewollt, dann hätte sie sich das Projekt sparen können. Ziel war es eine unabhängige Einschätzung von wissenschaftlicher Seite in einer Frage zu bekommen, wo auf Seiten der Bundeswehrleitung (wie der gesamten Bundesregierung) ein Klärungsbedarf bestand und wo man sich von der Wissenschaft eigenständige Bewertungen erhoffte. Die haben wir in Zusammenarbeit mit namhaften Instituten des In- und Auslands abgegeben und wir haben nicht nur im Verteidigungsministerium, sondern auch in anderen Ministerien sowie bei Bundestagsabge-

ordneten dafür große Anerkennung gefunden. Mit den Geldern des Projektes konnte ich jüngere Wissenschaftler beschäftigen und vor allem diese mit der Spitze der internationalen Forschung zusammenbringen. Mit diesem Projekt hat sich die Universität in der internationalen Wissenschaft der Strategischen Studien einen Namen gemacht. Die Ergebnisse werden in Kürze in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

Besonders die jungen Wissenschaftler (aber auch viele Studierende) sehen bei uns die Debatte zur „Zivilklausel“ mit großer Sorge, weil es ihnen damit unmöglich gemacht werden soll, sich wissenschaftlich auf dem Gebiet der Erforschung von Sicherheitspolitik zu betätigen. Sie sehen nicht ein, warum sich die Universität vor den Karren derjenigen spannen lassen sollen, die glauben sie hätten mit „antimilitaristischen,“ aber zutiefst militanten Parolen den besten Weg zum Frieden gefunden und die alle diskreditieren wollen, die anderer Meinung sind. Wenn es nicht gelingt an den deutschen Universitäten die Vielfalt der Meinungen über das, was den Frieden sichert, zu bewahren, dann ist das ein Armutszeugnis für die Demokratie und für die deutschen Universitäten. Deswegen: *schafft die bestehenden Zivilklauseln ab, keine neuen Zivilklauseln an deutschen Universitäten!*